

II-1417 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

13.5.1968

633/A.B.  
zu 658/J

Anfragebeantwortung

des Bundeskanzlers Dr. Klaus

auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kranzlmaier und Genossen,  
betreffend die Postwurfsendung der Bundesregierung vom Februar 1968 und die  
Postwurfsendung der Stadt Wien vom März 1968.

-.-.-.-

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Kranzlmaier, Dr. Geischläger,  
Dr. Mussil und Genossen haben am 18. April 1968 unter Nr. 658/J an mich eine  
Anfrage, betreffend die Postwurfsendung der Bundesregierung vom Februar 1968  
und die Postwurfsendung der Stadt Wien vom März 1968 gerichtet, welche  
folgenden Wortlaut hat:

"Die parlamentarische Opposition hat in den letzten Wochen wiederholt  
sehr heftig gegen die Postwurfsendung der Bundesregierung "für alle" Stel-  
lung genommen und eine solche Aktion als Propaganda für die Regierungspartei  
hinzustellen versucht. Kurze Zeit nach dem Erscheinen dieser Informations-  
schrift im März 1968 erhielten die Wiener Haushalte eine von der Stadt Wien  
herausgegebene Postwurfsendung unter dem Titel "Wien baut weiter".

Diese Broschüre der Stadt Wien umfaßt 16 Seiten in Tiefdruck und ent-  
hält neben versteckten Angriffen auf den Bund eine Reihe recht deutlicher  
propagandistischer Hinweise auf die sozialistische Rathausmehrheit in Wien.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler  
die

A n f r a g e :

Sind Sie, Herr Bundeskanzler, in der Lage, festzustellen, in welchem  
Verhältnis der Preis eines Exemplares der Postwurfsendung "Information der  
Bundesregierung", erschienen im Februar 1968, zu der Postwurfsendung der  
Stadt Wien, unter der Bezeichnung "Offizielles Organ der Bundeshauptstadt",  
die im März 1968 an die Wiener Haushalte verteilt wurde, steht?"

Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten: Ich bin dazu  
nur insoferne in der Lage, als ersichtlich ist, daß die Postwurfsendung der  
Bundesregierung aus 8 im Rotationsdruck hergestellten Seiten bestand und  
nicht aus 16 im Tiefdruck hergestellten Seiten.

Die Herstellung der Postwurfsendung der Bundesregierung in der Form,  
wie sie die Gemeinde Wien für ihre Postwurfsendung verwendet hat, hätte  
allein für die Wiener Haushalte - roh kalkuliert - einen Mehrbetrag von rund  
400.000 S erfordert, für alle österreichischen Haushalte wären entsprechend  
höhere Mehrkosten entstanden.

-.-.-.-